Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

201 (29.8.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. VII. 3341.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 201 | **Donnerstag, den 29. August 1935** | **107. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichsernährungsminister hat durchgreifende Maßnahmen gegen Preiserhöhungen für Lebensmittel getroffen.

*

Am Freitag findet die Trauerfeier für die Verschütteten des Berliner Einsturzunglücks statt. Die öffentlichen Gebäude flaggen Halbmast.

*

Ein französischer Ministerrat beschäftigte sich mit der Genfer Ratstagung und Lavals Haltung zum Abessinien-Konflikt.

*

In Litauen geht der Streik der Bauern weiter, in Südgriechenland ist der Aufstand der Korinthen-Bauern niedergeworfen.

*

Moskaus ablehnende Antwort auf den amerikanischen Protest hat in Washington schwer verstimmt. Die Erkenntnis der kommunistischen Gefahr scheint nun aber in der Welt draußen aufzugehen, nachdem in Litauen und Griechenland bei den Unruhen kommunistische Drahtzieher verhaftet wurden.

*

Papst Pius XI. hat zwei Ansprachen gehalten, deren eine eine scharfe Kampfansage gegen Materialismus und Heidentum bedeutet, während die zweite in ungewöhnlich deutlicher Form zum abessinischen Konflikt Stellung nimmt.

Halbmast am Freitag!

Berlin, 28. Aug. Reichsinnenminister Dr. Frick hat angeordnet, daß am kommenden Freitag, dem Beisetzungstage der Opfer bei der Einsturzkatastrophe am Brandenburger Tor, sämtliche staatlichen Gebäude Halbmast flaggen.

Urlaub zum Reichsparteitag

DNB. Berlin, 29. Aug. Die NSK veröffentlicht folgenden Aufruf des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley an alle Betriebsführer:

Der Reichsparteitag steht bevor. Wieder werden Hunderttausende in Nürnberg zusammenkommen, um ein Bekenntnis zu Führer und Volk abzulegen. Nürnberg wird auch dieses Jahr wieder ein Spiegelbild deutscher Kraft und des Lebenswillens der Nation sein. Aus diesem Grund bitte ich alle Betriebsführer, daß sie den Gefolgschaftsmitgliedern, die laut Ausweis der Organisationsleitung am Reichsparteitag teilnehmen, den notwendigen Urlaub ohne Anrechnung auf den sonst zustehenden vertraglichen oder tariflichen Urlaubsanspruch zu gewähren.

Heil Hitler!

gez. Dr. Robert Ley, Reichsorganisationsleiter und Reichsleiter der DAF.

Ein neuer litauischer Eingriff in die Rechte der Memelländer

DNB. **Kowno**, 28. Aug. Der amtierende Vorsitzende des litauischen Direktoriums des Memelgebietes, Bruvelaitis, hat jetzt von seinem ihm durch das neue Wahlgesetz zugestandenen Alleinrecht weiterhin Gebrauch gemacht, indem er in Durchführung der Wahl die Mitglieder der Wahlkreiskommission und die Vorsitzenden der einzelnen Stimmbezirke ernannt hat.

Zum Vorsitzenden der Wahlkreiskommission ist Viktor Gailius ernannt worden, dessen man sich aus der Zeit des Kirchenkampfes im Memelgebiet und aus den letzten Jahren als eines wütenden Bekämpfers des Deutschtums in jeder Beziehung erinnert. Unter den vier Mitgliedern befindet sich auch der frühere litauische Ministerpräsident Galvanauskas, der niemals Memelländer gewesen und durch seine ausgesprochene Deutschfeindlichkeit allgemein bekannt ist. Es befindet sich auch nicht ein einziges Mitglied der Mehrheitsparteien des Landtags oder der Memeler Stadtverordnetenversammlung in der Wahlkreiskommission. Außer den Litauern ist nur noch der sozialdemokratische Abgeordnete Pannars als fünftes Mitglied der Wahlkreiskommission herangezogen worden.

Der Vorsitzende dieser neuen Wahlkreiskommission, Gailius, hat nun auch im gleichen Zuge die Vorsitzenden der durch einen früheren Erlaß von Bruvelaitis von 198 auf 63 herabgesetzten Stimmbezirke ernannt, und zwar ausschließlich Litauer oder Personen, die den Mehrheitsparteien des Memelgebietes nicht angehören und nie angehört haben, sondern in der Mehrzahl von Bruvelaitis kommissarisch ernannte Amtsvorsteher, aus Kowno zugereiste litauische Beamte oder sogar litauische Militärpersonen sind. Auch in den 13 Stimmbezirken der Stadt Memel ist nicht ein einziger Deutscher zum Vorsitzenden ernannt worden. Die Absichten, die mit einer derartig einseitigen Wahlvorbereitung verbunden sind, lassen kaum einen Zweifel mehr offen.

Ministerrat in Bozen

DNB. **Rom**, 28. Aug. In den späten Nachmittagsstunden des Mittwoch ist im Rathaus zu Bozen der im In- und Auslande mit allergrößter Spannung erwartete Ministerrat unter Vorsitz des italienischen Ministerpräsidenten und in Anwesenheit von sechs Ministern und 13 Staatssekretären zusammengetreten. Es handelt sich hierbei um den ersten Ministerrat des faschistischen Italiens, der außerhalb Roms stattfindet.

Ueber den Inhalt der Beratungen sind zahlreiche Gerüchte im Umlauf. So glaubt man ganz besonders, daß sich die Verhandlungen auf Marinefragen erstrecken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entsendung starker englischer Seestreitkräfte nach dem Mittelmeer stehen. Nach anderer Auffassung glaubt man, daß der Ministerrat eine große Entschließung fassen wird, die am Vorabend von Genf den italienischen Standpunkt nochmals in klaren Worten präzisieren soll. Von amtlicher Seite verlautet natürlich weder offiziell noch offiziös irgend etwas über die laufenden Besprechungen. Zur Stunde dauern die Beratungen noch an.

Die Beschlüsse von Bozen

DNB. **Rom**, 29. Aug. Ueber den Ministerrat in Bozen am Mittwoch nachmittag ist eine umfangreiche amtliche Verlautbarung herausgegeben worden, die bis kurz nach Mitternacht noch nicht vollständig vorlag.

Im Ministerrat sind eine Reihe äußerst wichtiger Maßnahmen beschlossen worden, die u. a. folgende Punkte umfassen:

1. Italien wird unter allen Umständen seine Lebensinteressen bis zum letzten verteidigen.

2. Es wird vor dem Völkerbund den Beweis liefern, daß Abessinien gegen seine internationalen Verpflichtungen verstoßen hat, und daß insbesondere in diesem Lande die Sklaverei in großem Umfange herrscht.

3. England wird durch das italienische Vorgehen in Abessinien nichts zu befürchten haben.

4. Die italienische Regierung ist der Ueberzeugung, daß es sich bei der abessinischen Frage um eine Kolonialangelegenheit handelt, die keinerlei Rückwirkungen auf Europa hat.

5. Es wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Anwendung von Sanktionen zu großen Schwierigkeiten führen könnte. Die italienische Regierung hat jedoch von vornherein Gegenmaßnahmen ins Auge gefaßt.

Des Weiteren sind eine Reihe von höchst wichtigen Wirtschaftsmaßnahmen beschlossen worden, die am 1. September in Kraft treten sollen.

Mussolini vor dem Ministerrat in Bozen

DNB. **Bozen**, 29. Aug. Der Ministerrat, der am Mittwoch in Bozen unter dem Vorsitz Mussolinis abgehalten wurde, nahm zunächst eine ausführliche Darlegung der internationalen Lage durch den Regierungschef entgegen.

Mussolini teilte mit, daß Italien an der Völkerbundsratssitzung am 4. September teilnehmen werde. Die italienische Regierung werde ihren Standpunkt zur abessinischen Frage darlegen, damit nicht nur der Völkerbundsrat, sondern die ganze Welt ihn endlich genau kennen lerne. Sie werde fernerhin eine ausführliche Denkschrift vorlegen, in der die italienisch-abessinischen Beziehungen und die Beziehungen Italiens zu den an Abessinien grenzenden Staaten in den letzten 50 Jahren dargestellt werden. Aus dieser Denkschrift werde hervorgehen, daß seit dem Vertrag von Uccialli Italien stets ein „koloniales Protektoratsrecht über Abessinien" zugestanden worden sei. Der Denkschrift werde eine kleine Auswahl der neuesten ausländischen Literatur beigegeben, die die Zivilisation Abessiniens beleuchte. Italien wolle seine Auffassung und seine Lebensinteressen bis zum letzten verteidigen, und jedes Völkerbundsmitglied müsse die Verantwortung für die mögliche Entwicklung der nächsten Zukunft übernehmen.

Der Regierungschef behandelte dann einige englische Ansichten und erklärte nach dem Wortlaut des amtlichen Berichtes, das Großbritannien von der künftigen Politik Italiens gegen Abessinien nichts zu befürchten habe. Die Politik Italiens bedrohe weder direkt noch indirekt die Interessen des britischen Imperiums, weshalb der in gewissen Kreisen hervorgerufene Alarm absurd sei. Italien habe eine Frage mit Abessinien zu lösen, aber es hab und wolle keine Frage mit Großbritannien erörtern, mit dem es im Weltkrieg, in Locarno und jüngst in Stresa in einer für die europäische Sicherheit unzweifelhaft wichtigen Weise zusammengearbeitet habe. Die faschistische Regierung glaube, daß ihre Kolonialpolitik keine Rückwirkungen auf die europäische Lage haben dürfte, es sei denn, daß man einen neuen Weltkrieg entfesseln wolle, um zu verhindern, daß eine Großmacht wie Italien in einem weiten Lande Ordnung schaffe, in dem die härteste Sklaverei und primitive Lebensbedingungen herrschten.

Im Hinblick auf „Sanktionen", die der Völkerbundsrat möglicherweise beschließen könnte, erklärt der Ministerrat dem italienischen Volk und den anderen Völkern, daß von Sanktionen zu sprechen soviel bedeute, wie eine schiefe Ebene zu betreten, auf der man in die schwierigsten Verwicklung geraten könne. Die faschistische Regierung glaube, daß sich im Völkerbundsrat verantwortungsbewußte Männer finden würden, die jeden gefährlichen Sanktionsvorschlag gegen Italien zurückweisen würden. Die faschistische Regierung erfülle jedoch ihre Pflicht, indem sie dem italienischen Volk mitteile, daß die Frage der Sanktionen von den höchsten militärischen Stellen unter allen Gesichtspunkten geprüft worden sei, und daß schon seit geraumer Zeit alle Maßnahmen getroffen worden seien, um Sanktionen militärischer Art entgegentreten zu können. Es seien alle Probleme geprüft worden, die den wirtschaftlichen Widerstand Italiens und die Sicherung der Lebensbedürfnisse des italienischen Volkes betreffen. Die Nahrungsmittel seien durch die außerordentlich gute Ernte gesichert. Hinsichtlich der für die Industrie notwendigen Rohstoffe hat der Ministerrat beschlossen, daß die gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Kriegsindustrie den Vorzug vor den Bedürfnissen der Friedensindustrie erhalten.

Der Finanzminister trug im Anschluß daran folgende vier Gesetzentwürfe vor, die vom Ministerrat beschlossen und angenommen wurden:

1. Zwangsüberweisung der ausländischen Wertpapiere und der italienischen Auslandsanleihen an die Staatskasse. Die Staatskasse gibt dafür Pfandscheine mit neunjähriger Laufzeit aus, die mit 5% verzinst werden.

2. Zeitweise Herabsetzung der Dividenden der Handelsgesellschaften.

Großkundgebung!

Donnerstag, den 29. August 1935 17.30 Uhr spricht in

Durlach, Weiherhof

Gebietsführer der H. J. Pg. **Friedhelm Kemper.**

Aufmarsch sämtlicher NS-Formationen der Städte Karlsruhe und Durlach.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Kreis Karlsruhe.

3. 10%ige Steuer auf Dividenden, Zinsen und Gewinne aus Inhaberpapieren.

4. Pflichtgemäßer Verbrauch an Ersatzbrennstoffen für alle im öffentlichen und privaten Betrieb benutzten Kraftfahrzeuge. Bis zum 31. Dezember 1937 müssen alle Kraftfahrzeuge auf den Betrieb mit Ersatzbrennstoffen umgestellt sein.

*

Das italienische Gesetz über die Zwangskonversion

DNB. **Rom**, 28. Aug. Punkt 1 der von der italienischen Regierung am Mittwoch abend beschlossenen wirtschaftlichen Maßnahmen hat folgenden Wortlaut:

Zeitweise Abtretung der Auslandskredite und Zwangskonversion ausländischer Wertpapiere, sowie der im Ausland ausgegebenen italienischen Wertpapiere in Schatzanweisungen. Dieses Gesetz setzt fest, daß die Abtretung der Kredite und Wertpapiere zugunsten des italienischen Währungsinstitutes auf Konto des königlichen Schatzes zu erfolgen hat. Die Kredite werden gegen Barzahlung in Lire auf Grund des am Tage der Veröffentlichung des Gesetzes fälligen Kurses abgetreten. Der Ersatz der Wertpapiere wird in 9jährigen Schatzanweisungen mit 5% erfolgen, deren Ausgabe bis zu einer noch nicht festgesetzten Höhe der abgetretenen Papiere erfolgen darf.

*

Lavals Pariser Besprechungen

Um das Genfer Verfahren

Paris, 28. Aug. Die Unterredungen des Ministerpräsidenten Laval mit den Botschaftern Italiens und Englands stehen im Vordergrund des Interesses der französischen Presse. Während die meisten Blätter darauf hinweisen, daß die beiden Botschafter dem französischen Regierungschef den Standpunkt ihrer Regierungen dargelegt hätten, glaubt die gewöhnlich gut unterrichtete Außenpolitikerin des „Oeuvre" nähere Einzelheiten über diese Unterredung geben zu können.

Danach habe der italienische Botschafter den französischen Ministerpräsidenten wissen lassen, daß Baron Aloisi am 4. September einen genauen Bericht über die Beschuldigungen erstatten werde, die Italien gegen Abessinien vorzubringen habe. Er werde sich anschließend auf den Artikel 22 des Völkerbundspaktes und insbesondere auf Paragraph 2 des Artikels 16 stützen, um den Ausschluß Abessiniens aus dem Völkerbund vorzuschlagen, mit dem Hinweis, daß es seinen Verpflichtungen gegenüber dem Pakt nicht nachgekommen sei. Der italienische Vertreter werde außerdem den Beweis dafür erbringen, daß Abessinien die verschiedenen Abkommen mit Italien nicht geachtet habe. Der italienische Botschafter habe ferner mitgeteilt, daß Laval noch vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrates eine Abschrift des italienischen Berichtes erhalten werde, und daß auch der englischen Regierung eine Abschrift übermittelt werden solle. An diese Zugeständnisse gegenüber der französischen und der englischen Regierung habe der italienische Botschafter die **Bedingung geknüpft, daß man es Abessinien nicht** — wie seinerzeit China — **erlaube, vor dem Völkerbundorat seine Beschuldigungen gegenüber Italien vorzubringen.** Der Botschafter habe in diesem Zusammenhang gleichzeitig auf die Verantwortlichkeiten hingewiesen, die der Völkerbundsrat übernehmen würde, wenn er irgend welche Beschlüsse hinsichtlich des italienisch-abessinischen Streitfalles fassen sollte.

Der englische Botschafter, so schreibt das „Oeuvre" weiter, habe Laval lediglich mitgeteilt, daß seine Regierung sich streng an den Völkerbundspakt halten werde. Nachdem ihm die italienischen Forderungen mitgeteilt worden waren, habe ihm der englische Botschafter im Namen seiner Regierung die Gegenforderung gestellt, daß Italien sich genau an die Beschlüsse halte, die der Völkerbundsrat gegebenenfalls treffen könnte.

„Matin" hält es nach der Unterredung zwischen dem französischen Außenminister und dem englischen Botschafter in Paris nicht für ausgeschlossen, daß die englische Regierung trotz allem darauf bestehen werde, im Falle eines Ausbruches offener Feindseligkeiten zwischen Italien und Abessinien Sühnemaßnahmen zu fordern, selbst wenn es sich nur um eine rein moralische Verurteilung Italiens handeln sollte. „Matin" hält es im übrigen nicht für ausgeschlossen, daß der Völkerbundsrat im Anschluß an den Bericht des italienischen Vertreters die Entsendung eines besonderen Untersuchungsausschusses nach Abessinien beantragen könnte.

„Figaro" glaubt nicht, daß Italien die Ausstoßung Abessiniens aus dem Völkerbund fordern werde. Wenn der italienische Vertreter in seinem Bericht auf die Nichteinhaltung gewisser Verpflichtungen hinweisen sollte, die Abessinien sowohl durch die italienisch-abessinischen Abkommen, als auch durch den Völkerbundspakt übernommen habe, so geschehe das wohl in erster Linie, um das italienische Vorgehen in Abessinien zu rechtfertigen. Es stehe mit ziemlicher Sicherheit fest, daß die übrigen Mitglieder des Völkerbundsrates sich weigern würden, einem solchen Antrag stattzugeben.

*

Italiens Anklagen gegen Abessinien

Der Berichterstatter der „Daily Mail" in Rom meldet, die Dokumente, die Italien zur Sitzung des Völkerbundsrates am 4. September außer zahlreichen Büchern und Photographien schicken werde, würden u. a. nach folgenden Gesichtspunkten geordnet sein:

1. Verstöße Abessiniens gegen internationale Verpflichtungen,
2. Sklaverei,
3. barbarische Unterdrückung der schwarzen Völker unter abessinischer Herrschaft,
4. Mangel an Aufklärung in der Rechtsprechung, soweit sie nicht völlig fehlt,
5. äußerst tiefer Stand der Zivilisation, und zwar sogar unter den fortschrittlichsten Teilen der Bevölkerung.

*

Kundgebungen für die Söhne Mussolinis in Port Said

London, 28. Aug. Aus Port Said wird gemeldet: Tausende von Italienern kamen nach der Stadt, um den nach Erythrea fahrenden Transportdampfer „Saturia" zu begrüßen, auf dem sich die Söhne Mussolinis, Bruno und Vittorio, befinden. Als das Schiff, umgeben von Dampfern, Motor- und Segelbooten, im Hafen eintraf, waren Ufer und Mole schwarz von Menschen, die begeisterte Kundgebungen veranstalteten, während an Bord und auf dem Lande Musikkapellen spielten. Der italienische Gesandte und der italienische Konsul gingen an Bord, um Mussolinis Söhne zu begrüßen. Heute wird ein langer Zug von Kraftwagen der „Saturnia" zur Seite bleiben, während sie den Suezkanal durchfährt.

Gebete für die Aufrechterhaltung des Friedens in England

London, 28. Aug. Der Erzbischof von Canterbury und der Leiter des Verbandes der englischen Freikirchen, Pastor Berry, erließen einen Aufruf zur Abhaltung von Gebeten im Zusammenhang mit der italienisch-abessinischen Krise. Die beiden hohen Geistlichen drückten die Hoffnung aus, daß alle christlichen Bürger, besonders am Sonntag, dem 1. September, beten werden, der Geist Gottes möge den Mitgliedern des Völkerbundsrates Weisheit und Mut verleihen, damit sie durch ihre Beschlüsse womöglich noch einen Krieg abwenden, aber auf jeden Fall die Sache der Gerechtigkeit und die Achtung von Verträgen schützen möchten.

*

Ergebnisse des Pariser Ministerrats

Paris, 28. Aug. Wie angekündigt, fand am Mittwoch unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt. Ministerpräsident und Außenminister Laval hat über die außenpolitische Lage und insbesondere über die Dreierkonferenz in Paris Bericht erstattet, worauf die Zusammensetzung der französischen Abordnung für die Völkerbundstagung in Genf beschlossen wurde. Hauptvertreter sind Ministerpräsident Laval, Staatsminister Herriot und Abgeordneter Paul Boncour; Stellvertreter sind Handelsminister Bonnet sowie die Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse von Senat und Kammer, Senator Berenger und Abgeordneter Paul Bastid.

Ueber die Verhaltungsvorschriften, die der Ministerrat für die französische Völkerbundsabordnung ausgearbeitet hat, verlautet, daß sie auf die Erhaltung des Friedens abgestellt seien. England stehe auf dem Standpunkt, nur durch restlose Achtung aller Verpflichtungen der Völkerbundssatzungen könne der Krieg vermieden werden. Französischerseits hege man zwar denselben Wunsch, die Völkerbundssatzungen hochzuhalten, aber man empfinde doch gewisse Bedenken, besonders seitdem Mussolini beteuert habe, daß man in Rom Sühnemaßnahmen gegen Italien als eine feindselige Handlung, die folglich einen Konflikt nach sich ziehen würde, ansehen müsse. Der Ministerrat in Paris soll die Verhaltungsvorschriften der französischen Völkerbundsabordnung nicht starr festgelegt, sondern Ministerpräsident Laval alle Betätigungsmöglichkeiten gelassen haben, die sich ihm in Genf bieten könnten. Die Pariser Regierung werde keine Anstrengung versäumen, um wenn noch möglich eine friedliche Beilegung zu erzielen und um auf alle Fälle die Folgen eines etwaigen Mißerfolges einer solchen Anstrengung unbedingt zu beschränken. Die französische Regierung lasse sich weiter von dem Willen leiten, im Interesse des Friedens in gleicher Weise ihre Zusammenarbeit und ihre Freundschaft mit England und mit Italien aufrechtzuerhalten und dabei dem Völkerbund eine schwere Krise zu ersparen, die unfehlbar den Austritt Italiens aus dem Völkerbund zur Folge haben würde.

*

Italien dementiert die Fahnenflucht von 12 000 Somalis

Rom, 28. Aug. Die Nachricht, nach der in den letzten Tagen 12 000 italienische Somalis unter Mitnahme ihrer Gewehre nach Abessinien übergelaufen sein sollen, um sich in den Dienst des Negus zu stellen, wird von amtlicher italienischer Seite auf das allerentschiedenste dementiert. Es wird darauf hingewiesen, daß es nicht einmal im ganzen genommen 12 000 eingeborene Soldaten in Italienisch-Somaliland gebe.

*

Roosevelt unterzeichnet das Neutralitätsgesetz

Washington, 28. Aug. Präsident Roosevelt hat nunmehr das Gesetz unterzeichnet, das die Neutralitätspolitik der Vereinigten Staaten grundlegend ändert und die Theorie von der Freiheit der Meere über Bord wirft. Roosevelt betonte, das Gesetz sei durchaus befriedigend, da es den Erfordernissen der gegenwärtigen Lage entspreche. Er bedauere nur, daß nicht auch Anleihen und Kredite an Kriegführende verboten wurden.

*

Ergebnislose Beratungen im Ual-Ual-Ausschuß

DNB. **Paris**, 28. Aug. Die vier italienischen und abessinischen Schiedsrichter für den Ual-Ual-Streitfall sind am Mittwoch nachmittag bei einem der Schiedsrichter zusammengekommen und haben in einer längeren Besprechung eine Reihe von Fragen erörtert. Sie mußten jedoch am Schluß ihrer Beratungen feststellen, daß für keinen der strittigen Punkte eine Mehrheit erzielt werden konnte. Lediglich die Tatsache wurde einstimmig festgestellt, daß nun der Augenblick gekommen sei, einen fünften Schiedsrichter hinzuzuziehen. Der griechische Gesandte in Paris, Politis, der bereits in der vergangenen Woche zum fünften Schiedsrichter ausersehen und von dem Entschluß der vier am Mittwoch zusammengetretenen Schiedsrichter sofort benachrichtigt worden ist, hat bereits sagen lassen, daß er sich für seine Berufung zum fünften Schiedsrichter bereit halte.

Der Chef des französischen Generalstabes bei Laval

DNB. **Paris**, 28. Aug. Ministerpräsident und Außenminister Laval empfing am Mittwoch nachmittag den Chef des Generalstabes, General Gamelin.

Minister Fey schwer verletzt

Unfall des Bundesministers Fey. Am Dienstag abend geriet auf der Straße Wien—Linz bei Gablitz der Kraftwagen des Bundesministers Dr. Fey ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Der Minister erlitt einen Nasenbeinbruch und Schnittwunden im Gesicht. Die übrigen Insassen des Kraftwagens, darunter der Adjutant Feys, wurden leicht verletzt. Der Lenker des Ministerautos wurde durch einen entgegenkommenden Kraftwagen geblendet. Dabei geriet der Kraftwagen ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum.

Minister Fey schwer verletzt.

DNB. **Wien**, 28. Aug. In einer amtlichen Mitteilung wird in Berichtigung zu der gestrigen amtlichen Verlautbarung, die nur von einer leichten Verletzung sprach, erklärt, daß die Verletzungen des Ministers Fey schwerer Natur sind. Er habe keinen Nervenchoc, sondern eine Gehirnerschütterung, einen Nasenbeinbruch und schwere Kopfverletzungen erlitten. Er muß vorläufig im Krankenhaus bleiben und darf noch keine Besuche empfangen. Nur Bundeskanzler Dr. Schuschnigg weilte für kurze Zeit an seinem Krankenlager.

Das große Einmaleins

ROMAN VON HANNA PASSER

64. Fortsetzung

Was ist mit Lucie vorgegangen?

Fragend blickt er auf Holzer, der sichtlich aufgerüttelt erscheint.

„Wie geht es Manfred Thorn?" fragt Lucie ruhig. „Steht er immer noch auf dem Standpunkt, daß er den gefälschten Wechsel dieses Lumpen bezahlen muß!"

„Mein armer Herr sieht keinen anderen Weg!" klagt Holzer.

„Keinen anderen Weg!" Lucie wiederholt die Worte langsam. „Ich verstehe es, vielleicht besser, als Sie es glauben, lieber Holzer. Er hat ein böses Erbe übernommen, er stand allein, als die Hardegens ihn mit Verpflichtungen und Forderungen moralisch knebelten. Ich kann es zwar schwer ... aber ich kann es begreifen, daß er machtlos ist; er, der Rechtsanwalt, der in allen anderen Fällen, da es sich um fremde Menschen handelt, den Ausweg fände. Wenn er nun aber diesen für sich selber nicht findet, dann ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, einzugreifen!"

Eine große Stille ist im Zimmer. Drei Augenpaare hängen wie gebannt an den Lippen des jungen Mädchens. In Lucies Augen ist ein Leuchten der Kraft, das wie ein blendendes Licht auf die Menschen wirkt.

„Wir haben einen Ausweg! Wir vier! Und dieser Ausweg heißt: Gerechtigkeit! Sie, lieber Holzer, und du, Günter, ihr beide dient dem Recht, ihr kämpft für das Recht. Ihr steht in einem Berufe, der euch wohl nicht immer zwingt, zum erbarmungslosen Richter zu werden, der aber von euch, als gewissenhaften Vertretern des Rechts fordert, daß ihr für das Recht eintretet und das Unrecht bekämpft. Würdet ihr beide die Hände in den Schoß legen, würdet ihr untätig zuschauen wollen, wie ein Mensch, ein ehrlicher, guter und gerechter Mensch vom Schlechten, Gemeinen erledigt wird, wahrlich, Ihr würdet beide so schuldig werden wie dieser gemeine Wechselfälscher."

Das Wort war wie ein Schlag. Die beiden Männer zuckten zusammen und sahen sich fragend an. Sie hämten sich in diesem Augenblick vor dem Mädchen.

„Und was ... soll getan werden?" fragt Günter erregt.

„Ulrich Hardegen ist der Sohn eines Richters, eines Mannes, der für das Recht verpflichtet ist. Es wäre dessen Schuldigkeit, hier von selbst einzugreifen. Er tut es nicht, er läßt Manfred mit sich allein fertig werden und wird damit — als Richter — so schuldig, wie selten ein Mensch. Er tritt die Gerechtigkeit, deren Hüter er sein sollte, mit Füßen. Und damit verwirkt er alles Recht für sich selber, alles Recht auf Schonung, und seine Schuld wächst, daß sie kaum noch zu sühnen ist. Er und ebenso seine Frau, die beiden tragen ja den größten Teil der Schuld, daß der Sohn zum Lumpen wurde. Wir, die Jugend, tragen Erbarmen und Verstehen in uns, aber wir wollen von diesen guten Empfindungen nicht unser eigenes Leben und Glück, unsere Zukunft vernichten lassen! Günter Wieland, du mußt zu Ulrich Hardegen gehen, mußt dort durchzusetzen versuchen, daß er etwas unternimmt, um diese Sache aus der Welt zu schaffen! Sie, lieber, alter Holzer, so wahr Sie mein Freund sind, Sie müssen mit dem Landgerichtsrat sprechen. Und laßt euch beiden eins gesagt sein: Wenn Manfred Thorn durch diese Gemeinheit ruiniert wird, wenn er überhaupt Schaden erleidet, dann ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu machen! Und ich sage euch, Günter, lieber Holzer, wenn ihr es von euch aus nicht tut, dann — das schwöre ich — gehe ich selber zum Staatsanwalt und zeige diesen ungeheuerlichen Betrug an."

Es wurde eine lange Weile nicht gesprochen, die Männer sahen vor sich nieder und überlegten krampfhaft.

„Dann müßten wir es ... gegen den Willen Thorns tun?"

„Ja, gegen seinen Willen! Glauben Sie mir, lieber Holzer, ich handle danach! Ich empfinde es dann nicht nur als eine Pflicht, sondern auch als eine unbedingte Notwendigkeit."

Günter ist der Erste, der wieder spricht.

Er faßt über den Tisch nach Lucies Hand. „Lucie, du hast uns Männer beschämt! Du hast recht! Wir müssen es tun! Gut! Morgen früh wird Freund Holzer bei dem Landgerichtsrat sein, und ich gehe noch in dieser Nacht auf die Suche, um Ulrich Hardegen zu stellen!"

Holzer wagt nicht, zu widersprechen. Er nickt nur kurz. Noch ist Zögern in ihm, aber der neue Tag sollte ihn stark finden, als wahrhaft treuen Diener seines Herrn, der für ihn kämpfte mit Tod und Teufel."

* * *

Günter Wieland entfaltet in dieser Nacht noch eine fieberhafte Tätigkeit. Er sucht Ulrich Hardegen. Er kennt Rechtsanwalt Schott, der früher mit Ulrich befreundet war. Schott nennt ihm die Lokale, in denen Ulrich vorzugsweise zu verkehren pflegt.

Wieland nimmt sich ein Auto, fährt von Lokal zu Lokal, sucht eine Bar nach der anderen auf, und endlich entdeckt er Ulrich, der nicht mehr ganz nüchtern ist, in einer solchen der Friedrichstadt.

Ruboff, der Russe, ist bei ihm. Ruboff trinkt ihm des öfteren zu, sorgt dafür, daß sich Ulrichs Trunkenheit steigert. Er hat seine Gründe, daß Ulrich bis zur Erledigung der Wechselangelegenheit nicht zur Ernüchterung kommt, denn Ulrich sind gestern Bedenken gekommen, daß seine Fälschung ihm schwere Sorgen machen könne.

Wieland nimmt an der Bar Platz und bestellt sich einen Nikolaschka.

Unweit des sauberen Paares sitzt er und versucht, der Unterhaltung, die abgerissen, in kurzen, unzusammenhängenden Sätzen vor sich geht, zu folgen.

Aber es ist zu viel Lärm in der Bar

Endlich kommt der günstige Moment. Eine große, bildschöne Blondine bittet Ruboff zum Tanz, und dieser folgt ihr.

Wieland macht sich an Ulrich Hardegen heran und versucht eine Unterhaltung mit ihm.

(Fortsetzung folgt)